

# „Ein Sieg Russlands wäre ein Dammbbruch für die gegenwärtige Ordnung“

---

Imperialismus galt lange als ein Begriff vergangener Jahrhunderte. Doch mit dem russischen Angriff auf die Ukraine ist er zurück in der politischen Debatte. Der Osteuropahistoriker **Martin Schulze Wessel** erklärt, warum imperiale Logiken fortbestehen, wie Großmächte Geschichte zur Legitimation nutzen und was das für die internationale Ordnung bedeutet.

---

Fragen **Anja Reiter** Foto **Frank Bauer**

Herr Schulze Wessel, Ihre neue Ad hoc-Arbeitsgruppe an der BAdW beschäftigt sich mit „Neoimperialismus“. Der Imperialismus selbst galt lange als historisch überwunden. Warum kehrt der Begriff heute wieder so stark in die Debatte zurück?

In der Tat wird Imperialismus meist mit dem 19. und dem frühen 20. Jahrhundert verbunden. Lange herrschte der Eindruck, diese Epoche sei überwunden. Dabei gab es auch im 21. Jahrhundert Kriege, die sich als imperialistisch einordnen lassen, etwa den Irakkrieg der Vereinigten Staaten. Der entscheidende Einschnitt ist jedoch der russische Angriff auf die Ukraine. Seitdem ist Imperialismus in unserer

Wahrnehmung deutlich zurückgekehrt, und wir sprechen von Neoimperialismus.

Sie sind Osteuropahistoriker und haben sich intensiv mit der Geschichte Russlands, Polens und der Ukraine beschäftigt. In Ihrem Buch „Der Fluch des Imperiums“ schreiben Sie, die imperiale Vergangenheit Russlands sei der „Schlüssel“ zum Verständnis des Angriffs auf die Ukraine. Was erschließt dieser Schlüssel, was rein machtpolitische Erklärungen nicht leisten?

Das Buch versucht, den spezifischen Blick Russlands auf die Ukraine zu erklären. Dieser Blick ist durch eine lange Geschichte geprägt, in der Russland die Ukraine

und andere Nachbarn nie als Gegenüber auf Augenhöhe akzeptiert hat. Eine moderne Nation weiß, was sie umfasst, aber auch, was sie nicht umfasst. Dieses Bewusstsein eigener Begrenztheit fehlt Russland bis heute. Daraus resultieren Kriege für die Nachbarn, aber auch große Hypothesen für Russland selbst.

Ihre Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit Russland, China und den USA. Lassen sich diese Fälle überhaupt unter demselben Begriff fassen, oder verdeckt „Imperialismus“ die Unterschiede?

Ich glaube, dass man in allen drei Fällen von imperialem Agieren sprechen kann. Das heißt aber nicht, dass diese Staaten

Martin Schulze Wessel  
ist Experte für die  
Geschichte Ost- und  
Südosteuropas.



mit gleichen Vorstellungen handeln. Ein Anspruch unserer geistes- und kulturwissenschaftlich informierten Arbeitsgruppe ist es gerade, die Unterschiede herauszuarbeiten: die unterschiedlichen Visionen, die diese Staaten von sich selbst haben, und wie diese Selbstbilder ihr imperiales Agieren prägen.

Sie arbeiten interdisziplinär. Warum?

Der öffentliche Dialog ist derzeit stark gegenwartsbezogen geprägt. Das ist wichtig. Was aber fehlt, ist eine kultur- und geschichtswissenschaftliche Vertiefung. Wir sprechen zu wenig darüber, wie tief heutige Bestrebungen historisch verwurzelt sind und ob sie kulturelle Grundlagen haben. Man kann historische Perspektiven nicht sinnvoll behandeln, ohne die aktuelle politische und militärische Lage im Blick zu haben. Aber umgekehrt geht es auch nicht.

Ist der „Neoimperialismus“ tatsächlich etwas Neues, oder kehren vor allem bekannte Machtmuster zurück?

Grundlegende Muster imperialer Politik sind bis heute bestehen geblieben: das Ringen um Einflusszonen, Ressourcen und strategische Räume. Neu ist weniger diese Logik als die Konstellation – nämlich, dass solche Praktiken in einer eigentlich völkerrechtlich geordneten internationalen Ordnung wieder offen hervortreten.

Sie unterscheiden zwischen Imperium und Imperialismus. Wo liegen die Unterschiede?

Ein Imperium ist ein großer staatlicher Verbund mit einem Zentrum und unterschiedlich geprägten Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherien. Imperien sind in der Regel multikulturell, sie umfassen verschiedene Ethnien und Konfessionen. Sie haben den Anspruch, eine Welt für sich zu sein, und stehen meist in interimperialer Konkurrenz.

Und Imperialismus?

Imperialismus bezeichnet ein bestimmtes Handeln: den Anspruch auf Ressourcen, Einflusszonen und strategische Räume und die Bereitschaft, diese Ansprüche notfalls auch militärisch durchzusetzen. Dieses Handeln kann auch von Staaten ausgehen, die keine klassischen Imperien sind.

Blicken wir in die Vereinigten Staaten. Was zeichnet das neoimperial Agieren Donald Trumps aus?

In der zweiten Präsidentschaft Trumps haben wir zunächst an einen Rückfall in den Isolationismus gedacht. Das ist in gewisser Weise richtig, beschreibt die Lage aber nicht vollständig. Denn Trump stellt Ansprüche, die über die Regelung der eigenen Verhältnisse hinausgehen, etwa in Südamerika oder im Fall Grönlands.

---

## „Grundlegende Muster imperialer Politik sind bis heute bestehen geblieben: das Ringen um Einflusszonen, Ressourcen und strategische Räume.“

---

China setzt im Unterschied zu Russland weniger auf offene militärische Expansion, sondern stärker auf Infrastruktur und strategische Abhängigkeiten, etwa mit der Belt and Road Initiative. Ist dieses „Kooperationsprojekt“ auch eine Form imperialistischer Politik?

Ja, auf jeden Fall. Infrastrukturen wie die „Neue Seidenstraße“ spielen für die chinesische Strategie eine große Rolle. Es geht darum, Einflussphären und Ressourcen zu gewinnen im Wettlauf mit anderen Imperien. Beim Sichern von Ressourcen und beim

Abstecken von Claims verfährt China sehr strategisch.

Viele heutige Großmächte legitimieren ihre Politik über historische Narrative. Putin greift dabei auf sehr unterschiedliche Bezugspunkte zurück – vom Zarenreich bis zur Sowjetunion. Folgt das einer inneren Logik oder ist es letztlich ein „Gemischtwarenhandel“ der Geschichte? Es ist eklektisch, aber es ist auch obsessiv. Putin versteht sich als Akteur einer Geschichte mit bestimmter Mission. In gewisser Hinsicht besitzt die Geschichte ihn, nicht er die Geschichte. Putin vergleicht sich mit Peter I. oder Katharina II., also mit Herrschern, die Russland über Jahrzehnte geprägt haben. Das wirkt wie ein Gemischtwarenhandel, hat aber eine innere Logik. Aus Putins Sicht geht es darum, die russische Zivilisation zu bewahren, ihren Verfall aufzuhalten und den Westen abzuwehren. All das ist in zivilisatorisch-historische Denkmuster eingezwängt.

In Ihrem neuen Buch „Warum Russland nicht aufhören wird“ formulieren Sie sieben Thesen, die zeigen, dass sich Russlands Expansionsdrang aus einer historischen Pfadabhängigkeit speist. Was müsste passieren, damit Russland aufhört?

Damit Russland aufhört, müsste es besiegt werden. Und in der Nachkriegsordnung müssten Bedingungen entstehen, damit Russland den Weg in eine zivile Gesellschaft findet. Es bedarf einer Entgiftung der russischen Gesellschaft. Sie ist durch Ideologien verschiedener Herkunft geprägt: durch neoimperialer Ideologien, aber auch durch Ideologien aus dem Bestand der russisch-orthodoxen Kirche. Diese müssen überwunden und aufgearbeitet werden. Das wird Zeit brauchen.

Was würde ein russischer Sieg für den Neoimperialismus bedeuten?

Ein Sieg Russlands wäre ein Dambruch für die gegenwärtige Ordnung. Andere Staaten würden diesen Bruch des Völkerrechts imitieren. Die Wahrscheinlichkeit, dass China Taiwan überfällt, würde steigen. Auch die Wahrscheinlichkeit, dass Trump aus Ankündigungen – etwa gegenüber Grönland – Wirklichkeit macht, würde steigen.

Welche Folge hätte ein ukrainischer Sieg? Ein Sieg der Ukraine – möglicherweise auch mit dem vorübergehenden Verlust einzelner Territorien – könnte diesen Imperialismus stoppen. Koloniale Kriege werden häufig verloren: der Vietnamkrieg von den USA, der Afghanistankrieg von der Sowjetunion. Diese Geschichte kann sich fortsetzen.

Hat Europa die Rückkehr imperialer Logiken zu lange unterschätzt?

Europa, die EU und die NATO-Mitgliedstaaten haben sich zu lange darauf verlassen, dass die Allianz mit den USA funktioniert. Diese Allianz war ausgesprochen wertvoll und historisch ein Glücksfall, weil Verteidigungslasten geteilt werden konnten. Diese enge Verflechtung hat aber auch dazu geführt, dass man die eigene strategische Eigenständigkeit vernachlässigt hat. In bestimmten Bereichen, etwa der Luftverteidigung oder der nuklearen Frage, fehlt Europa Schutz. Es wird dauern, bis Europa wirklich auf eigenen Füßen stehen kann.

Ihre Arbeitsgruppe will mit der Politik ins Gespräch kommen. Sie planen Gespräche mit Parlamentarierinnen und Parlamentariern. Wie soll das aussehen?

Uns geht es um den Dialog zwischen Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik. Wir wollen uns regelmäßig mit einer ausgewählten Gruppe von Abgeordneten aus einschlägigen Ausschüssen treffen, etwa aus dem Auswärtigen Ausschuss, dem Europa- oder dem Verteidigungsausschuss. Es soll themenbezogen ein vertiefter Dialog stattfinden, ähnlich wie in einer Enquete-Kommission, aber initiiert aus der Wissenschaft.

Haben Sie den Eindruck, dass Ihre Stimme als Historiker heute stärker gehört wird als früher?

Wer politisch etwas bewirken will, muss den Austausch mit der Politik aktiv suchen. Ich glaube, es gibt in der Politik durchaus Bedarf an diesem Dialog, gerade in Zeiten geopolitischer Verunsicherung. Umgekehrt braucht auch die Wissenschaft den Austausch mit Politik, schon um die Relevanz eigener Themen gespiegelt zu bekommen und kommunikationsfähig gegenüber einer anderen Aufmerksamkeitsökonomie zu werden.



Partnerschaft oder neuer Imperialismus? Neubau des Hauptsitzes der Commercial Bank of Ethiopia in Addis Abeba, Äthiopien. Bauunternehmer war die CSCEC Gruppe – der größte internationale Generalunternehmer der Volksrepublik China.

## „Ein Sieg der Ukraine – möglicherweise auch mit dem vorübergehenden Verlust einzelner Territorien – könnte diesen Imperialismus stoppen.“

Wie sehr müssen Sie Ihre Botschaften verkürzen, um in der Politik Gehör zu finden?

Es wäre verkehrt, sich darüber zu beschweren, dass Politik vor allem kürzere Botschaften aufnimmt. Man kann nicht erwarten, dass Politikerinnen und Politiker geschichtswissenschaftliche Habilitationen lesen. Dafür gibt es keine Zeit. Das heißt aber nicht, dass wir unsere Aussagen auf drei Sätze reduzieren sollten – dafür sind die Dinge zu komplex. Die Aufgabe besteht darin, sie so komplex darzustellen wie nötig und zugleich so verständlich wie möglich. Das ist eine Grundaufgabe von Wissenschaftskommunikation.

Was haben Sie selbst in dieser Hinsicht gelernt?

Eine grundlegende Erfahrung ist die Lehre. Wer als Wissenschaftlerin oder Wissenschaftler nicht lehrt, beraubt sich einer wichtigen Erfahrung: der Notwendigkeit, Botschaften kommunikationsfähig zu machen. Bei der Vermittlung von wissenschaftlichem Wissen hilft es, einen Adressaten im Kopf zu haben. An der Universität, im Zusammenspiel von Forschung und Lehre, lässt sich einüben, was auch in der öffentlichen Kommunikation

und gegenüber der Politik notwendig ist: Fokussierung, die Unterscheidung von Wichtigem und anekdotischem Beiwerk und eine Sprache, die klar bleibt.

### **Prof. Dr. Martin Schulze Wessel**

hat den Lehrstuhl für Geschichte Ost- und Südosteuropas an der LMU München inne. Der Historiker ist Mitglied der BAdW und Co-Sprecher der Ad hoc-AG „Neo-imperialismus als Herausforderung der Gegenwart“. Sein Buch „Warum Russland nicht aufhören wird“ erscheint am 24. September 2026.

### **Anja Reiter**

ist freie Journalistin in München. Sie hat Geschichte und Politikwissenschaften Osteuropas studiert und schreibt u. a. für „DIE ZEIT“ und die „Süddeutsche Zeitung“.

Das Interview fand am 29. April 2026 statt. Den ausführlichen Podcast finden Sie in der BAdW-Mediathek unter [badw.de/mediathek](https://www.badw.de/mediathek).